

## **Grundsatzpapier Sozialhilfe vom 12.09.2007: Bericht des Gemeinderats zur Umsetzung vom 27.02.2008 (inkl. Kurzfassung) Intervention der PdA Bern in der Stadtratssitzung vom 5.6.08**

Weit haben wir es gebracht: Ein rot-grün dominierter Gemeinderat gibt Gas – und den Bürgerlichen wird's schier schwindlig. Mit Sicherheit und Sauberkeit, mit Ordnung und Kontrolle werden Themen rechts angesagt, über die Mitte hinaus aufgebaut und flugs in Massnahmen und Verordnungen überführt. Der Massnahmenkatalog zur Sozialhilfe ist da bloss der letzte Streich in dieser Entwicklung.

Noch klingen die Horrorgeschichten über routinemässig abzockende SozialhilfebezügerInnen in den Ohren nach. Mit dieser Form von Propaganda kam die Diffamierungskampagne gegen Armutsbetroffene erst so richtig in Schwung – und der Gemeinderat rekrutierte sogleich seine „Piloten“. Dass es sich um eine masslos aufgeplusterte Geschichte handelte, war mit ein bisschen politischem Verstand von Anfang an erkennbar. Und ernsthafte Recherchen belegen es: Da wurden Einzelfälle frisiert und eine ganze soziale Gruppe wurde ins Abseits gedrängt.

Was soll's? Bei den Themen Sicherheit und Sauberkeit, Ordnung und Kontrolle interessieren nicht die Fakten – da geht es um das „subjektive Empfinden“ entsprechend eingestimmter Bürgerinnen und Bürger. Schliesslich soll aus der Pilotphase eine ständige Einrichtung werden: Solche Instrumente der Kontrolle lässt sich eine Regierung nicht so schnell aus der Hand nehmen.

Dass sich die bürgerlichen Parteien „weder inhaltlich noch grundsätzlich gegen die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen“ stellen, darf als Selbstverständlichkeit gelten. Dass die bürgerlichen Kräfte „jedoch mit dem ungestümen und teils überstürzten Vorgehen“ bei der Umsetzung der Massnahmen „Mühe haben“, darf weder ein Grund für Blauäugigkeit sein noch für Schadenfreude. Den Schaden tragen in jedem Fall die Armutsbetroffenen.

Wir müssen illusionslos die in sich stimmige Logik der Misstrauens-, Kontroll-, Entsolidarisierungs- und Repressionspolitik offen legen. Und da ist zwischen dem rot-grün dominierten Gemeinderat und den bürgerlichen Parteien nicht viel an Gegensätzen zu sehen: Man ergänzt sich vielmehr aufs Angenehmste. Und wenn mal so getan wird, als würde getrennt marschiert, dann nur, um gemeinsam zuzuschlagen.

Die PdA Bern lehnt das Grundsatzpapier Sozialhilfe und den Bericht des Gemeinderats zur Umsetzung ab. Sie sind Ausdruck einer Politik, die sich gegen die Interessen und die Würde der Armutsbetroffenen richtet. Die Etiketten mögen wechseln: mal Sozialdetektive, mal Sozialinspektoren. Verkauft wird die gleiche Politik.

Rolf Zbinden, PdA Bern, 5.6.08